

„Wir können nicht alles leisten, was der Staat täglich versäumt“

Vor 15 Jahren sprach die *Hinterland* erstmals mit dem Geschäftsführer von *Madhouse*, dem Familienberatungs- und Kulturzentrum für Sinti und Roma in München. Dabei ging es um Bereiche, in denen Sinti und Roma in Europa diskriminiert werden, etwa im Bildungsbereich, bei Integrationsprozessen, bei politischer Partizipation und nicht zuletzt bei der Wohnsituation. Was hat sich seither getan?

Ein Interview mit Alexander Diepold

Viele Kinder verlieren außerhalb des Familienverbands ihre Sicherheit, sobald sie in die Schule gehen. Das Ergebnis: Zahlreiche Kinder landen in Förderschulen. Gilt das heute noch?

Ja, das ist wieder so, eine Art Fortsetzung. Zur Erinnerung: 2010 gab es die große Zuwanderung von Sinti und Roma aus Rumänien und Bulgarien. Durch den Krieg in Syrien folgten weitere Zuwanderungen 2016 und jetzt durch den Ukrainekrieg nochmals. In den 16 Unterkünften, in denen wir vertreten sind, haben wir festgestellt, dass es bei vielen dieser Kinder durch die Sprachbarrieren dazu geführt hat, dass sie in den Bereich der Lernbehinderten hineingedeutet worden sind, da sie die Tests, die sie machen sollten, gar nicht verstanden haben. Seit

2011 haben wir Schulmediation in manchen Schulen eingeführt. Dort wo Mediator*innen tätig sind, ist es uns gelungen, viele dieser Kinder wieder aus der Förderschule herauszuholen und sie in der Regelschule unterzubringen. Nochmals zum Verständnis, warum diese Kinder vermehrt die Förderschule besuchen: Da ist etwas, das den Familien Sicherheit gibt. Wenn eine Mutter drei Kinder hat, von denen zwei schon in der Förderschule sind, dann könnte das dritte Abitureife haben, und doch wird sie dieses Kind eher in die Förderschule bringen, weil es da sicher ist. Im Sinne: Da ist schon jemand von uns, die passen auf, dass da nichts passiert.

Alexander Diepold, seit 1987 Geschäftsführer der Madhouse gGmbH, arbeitet im Schwerpunkt mit Sinti und Roma und ist selbst Angehöriger der deutschen Sinti. Er ist zudem Geschäftsführer der Hildegard Lagrenne Stiftung in Mannheim sowie erster Vorsitzender der Bundesvereinigung von Sinti und Roma in Deutschland.



Durch Mediator*innen an den Förderschulen erhalten diese Kinder die passende Bildung?

Ja. Dort, wo Mediator*innen tätig sind, funktioniert es. In diesem Zusammenhang haben wir uns über eine Stiftung an einer Bildungsstudie der Universität Mannheim – Antiziganismus im Bildungsbereich – und an einer Querschnittsstudie 2011 und 2021 beteiligt. Die Studie von 2021 ist jetzt auf alle Bundesländer ausgeweitet worden. Durch Befragungen stellten die Wissenschaftler fest, sobald Eltern und Kinder etwas von der Schule wollen, besteht bereits eine 50-prozentige Erfolgchance für die Kinder zu einem Bildungsabschluss zu kommen. Ist dann noch eine Organisation eingebunden, steigt die Chance auf 80 Prozent. Man hat zudem untersucht, wie es mit der beruflichen Bildung aussieht und stellte fest, dass die Situation seit 50 Jahren gleich ist. Das bedeutet, wir müssen sehr genau hinschauen, warum es nicht funktioniert, von der schulischen Bildung in die berufliche Bildung überzugehen. An der Berufsschule knickt das Scharnier. Bei jungen Frauen mit 18 oder 19 Jahren. Dann spielt beispielsweise die Familienplanung eine große Rolle und ein Bildungsbruch folgt. Bei jungen Männern sieht es etwas anders aus. Viele sind in der Selbstständigkeit.

Was bedeutet das?

Viele von ihnen haben schon mit 18 Jahren einen Gewerbeschein, etwa im Gartenbau oder im Hausmeisterservice. Viele haben noch nicht mal die Schule fertig gemacht, aber einen Gewerbeschein. Da den jungen Männern jedoch die Qualifikationen fehlen, einen Betrieb zu führen, scheitern sie oft. Das heißt, sie sind in Nischenberufen tätig, aber ohne

qualifizierten beruflichen Bildungsabschluss, häufig Schrott- oder auch Teppichhändler. Ein paar hervorragende Geigen- und Gitarrenbauer gibt es auch unter ihnen, nicht aus einem Ausbildungsberuf heraus, sondern die jungen Männer haben das praktisch von der Pike auf gelernt, als Kinder schon mitgemacht. Gleiches gilt für Zirkusartisten und Schausteller, gleich, ob es sich um eine kleine Bude oder ein großes Karussell handelt, als Erbe gehen sie auf die nächste Generation über. Bei den Zirkusleuten ist es ähnlich. Aber das alles wird aus dem Berufsrahmen herausgenommen. Wir müssen die Eltern stärker einbinden, damit sie verstehen, dass es bei uns ein Recht auf Bildung gibt und unterschiedliche Bildungssysteme. Und bei all diesen Bedingungen dürfen wir nicht vergessen, dass es große geologische Unterschiede bei der Herkunft von Sinti und Roma gibt.

Damals hast du gesagt, dass es bei den Eltern, den 28- bis 50-Jährigen, viele Analphabet*innen gäbe und die Ursachen im Bildungsknick während des Nationalsozialismus lägen. Kannst du das erklären?

Ein kurzer Rückblick: Damals in der NS-Zeit sind fast alle Sinti- und Roma-Kinder direkt von den Schulen weggeholt worden, ohne, dass die Eltern das wussten. Aus den Schulen heraus und in die Vernichtungslager. Das bedeutet, diejenigen, die die KZs überlebten, so wie der Münchner Hugo Hölleneiner, der später sogar wieder in die Schule gehen wollte, waren diese Kinder nach dem Krieg denjenigen Lehrern ausgesetzt, die sie vorher weggegeben hatten. Aus dieser Erfahrung heraus hatten die Eltern eine unglaubliche Angst ihre Kinder allein in der Schule zu lassen. Die Folge dieser

Traumatisierung: zahlreiche Analphabeten. Das erkannte man allerdings erst später. Die Eltern der 2. Generation saßen oft vor dem Klassenzimmer ihrer Kinder aus Angst, dass ihr Kind wegkommt.

Haben Eltern jetzt keine Angst mehr?

Nein, so schlimm ist es nicht mehr. Diejenigen, die jetzt noch aus der Kriegs- und Nachkriegszeit hier leben, haben andere Strategien entwickelt, um zu überleben. Entweder füllen ihre Kinder notwendige Formulare aus oder sie kommen in die Beratungsstellen. Im letzten Jahr betreuten wir 413 Familien mit dreieinhalb Stellen. Mit den geflüchteten Ukrainer*innen kamen auch ukrainische Sinti und Roma nach Deutschland. In dieser Zeit durften wir die gesamte Dimension von Antiziganismus wieder neu erleben.

Wie hat sich das bemerkbar gemacht?

Wir haben zwar seit 2023 die Melde- und Informationsstelle für Antiziganismus (MIA) in München für Bayern und wir sind hier Kooperationspartner sowohl auf Landesebene als auch auf Bundesebene. Wir tragen nicht unerheblich dazu bei aufzuklären, wie viel Diskriminierung stattfindet. Auch auf Bundesebene hat man festgestellt, dass es eine hohe Anzahl an Diskriminierungen allein im schulischen Bereich gibt. Da werden Sinti und Roma wieder als „Zigeuner“ beschimpft und wieder abgewertet – und man bringt ihre Kinder wieder in Schulen für Lernbehinderte unter. Obendrein nahm die Stadt München Einsparungsmaßnahmen vor. Das Ukraineprojekt fiel nun unter freiwillige Leistungen.

Was bedeutet das genau?

Die Stadt München beschloss, alle freiwilligen Leistungen zum 31.12.2025 zu kappen, um die Standard-Pflichtleistungen aufrecht erhalten zu können. Die Alternative war, nach dem Rasenmäherprinzip allen Organisationen die Geldmittel um zehn Prozent zu kürzen. Das habe ich am 31.7. letzten Jahres erfahren und versucht, eine unabhängige Finanzierung aufzubauen. Schon im Jahr davor war es klar, dieser Ukrainekrieg ist nicht so schnell beendet. Deshalb brauchen wir auch die Hilfe für vulnerable Gruppen länger.

Die Stadt München gab damals den Auftrag für eine Studie zu Antiziganismus unter ukrainischen Geflüchteten. Was macht sie jetzt mit den Ergebnissen?

Das war ebenso meine Frage. Unter anderem stellte ich die Forderung, dass die Stadt München Organisationen dringend einzubinden hat, wenn es um vulnerable Gruppen geht und nicht wieder und wieder darüber selbst zu bestimmen. Ein anderer Aspekt ist: Wie geht man mit Testergebnissen um, die aufgrund von Sprachbarrieren falsche Bilder liefern? Eigentlich müsste man die Tests umstellen. Ein Beispiel: Im Hasenberg, einem Stadtteil von München, sind viele dieser Kinder in der Fördergrundschule. Wir haben gesagt, setzt dort bitte die Mediatoren mit ein. Das Ergebnis: Wenn die Kinder ein Jahr durchgehend in dieser Förderschule sind, können sie in die Regelschule wechseln – zu 100 Prozent. In einem Jahr traten so sieben Kinder in eine Grundschule über. Es lag nur am Sicherheitsbedürfnis der Eltern, dass die Kinder die Förderschule besuchten. Wir brauchen unbedingt andere Ansätze, um mit den Eltern zu sprechen, damit ihre Kinder die Schule erfolgreich abschließen. Die Stadt München

macht Versprechungen, dass sie es ernst nehmen würden, und auch mit uns in Kontakt treten und schauen, was sie daran ändern können. Bisher kam nix.

Laut dieser Studie, ist ein großer Anteil der Geflüchteten Roma. Wie sieht die Situation jetzt aus für Geflüchtete aus der Ukraine?

Eine Position habe ich ja schon deutlich gemacht, nämlich, dass die schulische Unterbringung von diesen Kindern oft falsch ist. Wir sind jetzt finanziell unabhängiger von München, weil ich selbst unsere Finanzierung mit Unterstützung anderer aufgebaut habe. So bin ich an Stiftungen herangetreten, sitze auch im Kuratorium der Stadtwerke Stiftung München, das ist jetzt die einzige Bindung an München. Die aus der Ukraine geflüchteten Roma erhalten in Bayern keine Unterstützung mehr. Dann sind wir als Sinti- und Roma-Träger für alle auftretenden Probleme der hier lebenden Menschen dieser Minderheit verantwortlich. Das ist aber nicht unsere Aufgabe: Wir können nicht alles leisten, was der Staat täglich versäumt. Ich habe das Bildungsministerium, Innen- und Sozialministerium angeschrieben: Es gibt hier einen Bereich, der in eure Verantwortung fällt: Es ist überhaupt keine Antwort gekommen. Inzwischen haben wir für unsere Arbeit für die nächsten zwei Jahre etwa 140.000 Euro finanziert.

In der aktuellen Studie sagen die Ukrainer*innen, wir sind die richtigen Flüchtlinge, die Roma sind es nicht. Das führte zu heftigen Auseinandersetzungen und Hass untereinander.

Das ging am Münchner Hauptbahnhof los. Sofort sind wir hinzugezogen worden, und haben

festgestellt, dass die Ukrainer selbst separieren und dass die ehrenamtlichen Helfer davon überhaupt keine Ahnung gehabt haben. Damit machten sie bei der Separierung mit. Wir sind intensiv eingestiegen damals am Messegelände Riem. Am Schluss waren da fast 2000 Roma und dann sind plötzlich über Nacht mehr als 1000 weg gewesen. Die sind dann in Thüringen aufgeschlagen. Thüringen ist kein Ort für Sinti und Roma – mit der AfD als stärkster Partei in der Landesregierung. Furchtbar, was da abläuft. Der Antiziganismus-Beauftragte wurde dort abgeschafft.

Die Menschen sind von sich aus dorthin gegangen?

Ja, die Behörden hier stellten ihnen in Aussicht, dass sie wieder in Turnhallen untergebracht würden. Klar, war auch, dass man die Unterkünfte auf dem Messegelände auflöst. Und dann hat man hier in München die verschiedenen Auffanglager – das sag ich mal so – aufgebaut und verkleinert, um weniger Menschen betreuen zu müssen. Aber bei 250 Personen sind vielleicht 100 Kinder dabei. Da wäre die Sprengelschule zuständig. Wie soll das funktionieren? Das gilt auch für Kindergartenplätze. In einer Bundsratsaussprache habe ich diese unmögliche Situation angesprochen. Wie kann man eine vulnerable Gruppe wie die Roma, deren Sprache nicht einmal den Behörden zur Verfügung steht, mit den anderen Migranten gleichstellen? Ihre besondere Vulnerabilität einfach aufheben? Und obendrein das Personal in den Unterkünften verringern und denken, die Bewohner kommen schon irgendwie klar. Klar ist allerdings, dass dadurch Probleme entstehen können, soziale Probleme. Und dann kann die Mehrheitsgesellschaft wieder mit dem Finger auf diese Menschen-



Die gemeinnützige Madhouse GmbH entstand im September 1987 als stationäre heilpädagogisch-therapeutische und familienanalog geführte Kleinsteinrichtung. Der Name wurde damals von Jugendlichen gewählt, die es als verrückt ansahen, dass sie trotz unterschiedlicher Charaktere, Erwartungen und Zielsetzungen als Gruppe harmonieren konnten.

Schwerpunkte

- Achtung des kulturellen Hintergrundes und der Lebensrealität von Roma und Sinti
- Ganzheitlicher Arbeitsansatz durch enge interne Vernetzung
- Das Team arbeitet kulturstärkend und kulturfördernd
- Das Team sieht sich als Vermittler zwischen Roma, Sinti und der Mehrheitsgesellschaft
- Initiieren von Kultur- und Fortbildungsveranstaltungen in und außerhalb von München mit dem Ziel der Aufklärung
- Länderübergreifende Vernetzung, etwa bei der Jugendarbeit

Weitere Leistungen:

- Fachberatung im regionalen Fachteam zur Unterstützung bei der Hilferschließung für Sinti und Roma
- Fachberatungen unter anderem für Schulen, Bezirkssozialarbeit, regionale ambulante Erziehungshilfeträger, ARGE, Jugendamt, Jugendgerichtshilfe
- Erstberatung für Sinti und Roma, die Rat und Hilfe in unterschiedlichen Lebenslagen suchen
- Fachveranstaltungen zum Thema Sinti und Roma
- Zusammenarbeit mit den regionalen Anbietern der Jugendhilfe
- Kollegiale Beratung im Einzelfall

gruppe zeigen, sie bloßstellen. Das ist absoluter Antiziganismus.

Der Antiziganismus ist so verbreitet, dass ich mich frage, hat sich überhaupt irgendetwas geändert, etwas verbessert?

Antiziganismus ist jetzt offener, er wird sichtbarer. Ein Beispiel: Als ukrainische Flüchtlinge angekommen sind, bekam keine einzige Roma-Familie eine Wohnung oder ist in unserem

System untergekommen, sondern nur Ukrainer. Das zeigt schon diese Ungerechtigkeit, diese Diskriminierung. Mit dem Beginn der Umsetzung der Forderungen aus dem Antiziganismus-Bericht (2021) von der unabhängigen Kommission zu Antiziganismus ist die MIA eingerichtet und der Antiziganismus-Beauftragte eingestellt worden. Damals hat man die Bund-Länderkommission mit eingerichtet. Gibt es Bereiche, die sowohl den Bund als auch das

einzelne Bundesland betreffen, trägt man das auch in die Länderkommission hinein. Einfach ist das nicht. Bayern hat einen Staatsvertrag und verkennt vollkommen, dass wir die gesamte soziale und politische Arbeit machen in diesem Bereich. Und trotzdem lädt man uns nicht ein, wenn es beispielsweise um Antiziganismus geht, obwohl wir die Stelle sind, die hauptsächlich die Fälle an die Öffentlichkeit bringt. Da gibt es noch viele Herausforderungen, um es positiv zu sagen. Ich befürchte sogar, dass es jetzt durch die Handlungen der AfD noch rassistischer in Deutschland zugeht. Ginge es nach ihnen, sollten nur noch Deutsche als Opfer der NS-Zeit genannt werden. Das ist nicht nur die Verleugnung des Holocaust, sondern es ist sein Wegradieren!

Gibt es noch einen Bereich, der dieser vulnerablen Menschengruppe besonders große Probleme macht?

Der Zugang zu Wohnraum ist nach wie vor ein großes Problem, nicht nur für Sinti und Roma. Wir haben eine angespannte Wohnungsmarktlage insbesondere in München. Unser Oberbürgermeister Dominik Krause will sich ja dafür einsetzen, dass 50.000 Wohnungen neu gebaut werden. Das ist auf jeden Fall sein erklärtes Ziel und das soll dann allen 19.800 Familien im Obdachlosensystem auch zugutekommen. Es war früher nicht denkbar, dass die Stadt München Kinder in Pensionen unterbringt. Inzwischen ist es vollkommen normal, dass Kinder in Pensionen aufwachsen. Und wir bemerken schon, dass Sinti und Roma, ich spreche jetzt mal mehr für Sinti, extrem lange Wartezeiten haben, bis sie an Wohnraum kommen. Es ist schon ein paarmal passiert, dass die Wartezeit 14 Jahre betrug.

Immer die Opferrolle?

Ja, da wollen wir alle raus. Unter uns gibt es beispielsweise hervorragende Musiker. Aber wir sind immer wieder aufs Kulturreferat angewiesen, das die freie Kulturszene und damit uns unterstützt. Es gibt seit zehn Jahren hier diese Gypsy-Jazz-Tage München, das zentrale, internationale und lokale Sinti Festival. Ich war im Silbersaal im Deutschen Theater eingeladen. Weder Musiker noch sonst irgendjemand von uns waren eingeladen worden. Ich war der einzige Sinto aus München.

Seit 1980, also seit 46 Jahren arbeitest du hier im Madhouse beziehungsweise in vorangegangenen Organisationen. Du schaffst es immer noch morgens herzukommen und das ohne Frust?

Schon immer schaue ich zurück: Was ist geschafft, was ist geleistet worden? Das ist nicht allein mein Verdienst. Wenn ich jetzt zurückblicke, was haben wir erreicht? Wir haben jetzt 48 Mitarbeiter*innen – angefangen haben wir mit drei. Wir sind nicht nur im ambulanten Bereich, wir sind überall sehr anerkannt. Wir haben zum Beispiel den Wohnwagenstellplatz, wir arbeiten mit der Initiative München OEZ Erinnern zusammen (Redaktion: Die Initiative erinnert an das Attentat 2016 in und am Olympia-Einkaufszentrum, bei dem ein 18-Jähriger neun Menschen, überwiegend Jugendliche mit Migrationshintergrund, aus rassistischen und rechtsradikalen Gründen erschoss). Wir haben zwei Familien betreut, die davon betroffen sind. Wir haben politisch vieles geschafft. 2010 haben wir angefangen zu überlegen, auch den kulturellen Bereich stärker werden zu lassen mit einem Sinti- und

Roma-Kulturzentrum. Wir haben diesen kulturellen Reichtum, nicht nur soziale Probleme. Diese kulturelle Fülle sollten wir stärker in den Vordergrund stellen. <

*Das Gespräch führte
Marianne Walther.*